



Wie viel Zeit sollen Mandatarinnen und Mandatare in ihr öffentliches Amt investieren? Im Rahmen der fünften Digitize!-Umfrage wurde die öffentliche Meinung zu dieser Frage untersucht. Unter welchen Bedingungen wird es als opportun erachtet, dass Politikerinnen und Politiker noch einem weiteren Beruf nebst dem öffentlichen Amt nachgehen und wann verlangen die Bürgerinnen und Bürger, dass die volle Aufmerksamkeit dem politischen Amt geschenkt wird?

Um dies herauszufinden, wurden die Befragten gebeten, hypothetische Szenarien zu bewerten, in denen Politikerinnen und Politiker ihre Zeit in unterschiedlichem Umfang ihrem öffentlichen Amt und einem weiteren Beruf widmen. Die Befragung konzentrierte sich auf Mandate in der Kommunalpolitik.

Hier die Ergebnisse in Kürze:

- Die Professionalisierung des öffentlichen Amtes bestimmt, wie die Befragten einen weiteren Beruf nebst dem Amt wahrnehmen. Ist das öffentliche Amt eine Vollzeitstelle mit hohem Gehalt, ist die Toleranz gegenüber einer zusätzlichen Berufstätigkeit von Mandatarinnen und Mandataren geringer, als wenn es sich um Teilzeitämter handelt.
- Öffentliche Ämter unterscheiden sich im Umfang ihrer politischen Entscheidungsbefugnisse. Dies hat jedoch keinen Einfluss darauf, wie die Bürgerinnen und Bürger gegenüber einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit eingestellt sind.

Eckdaten des Experiments

- **Befragungszeitraum:**
13. September 2023 – 03. Dezember 2023
- **Anzahl befragter Personen:**
n = 1.973
- **Geschlechterverhältnis:**
49,8 % weiblich; 50,2 % männlich
- **Alter:**
Zwischen 16 und 80 Jahren;
durchschnittlich: 45,8 Jahre.
- **Autor des Berichts:**
Oliver Huwyler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Postdoc) im ERC-Projekt DEPART am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien.
- **Weiterführende Informationen:**
Die Ergebnisse wurden in der Fachzeitschrift Local Government Studies veröffentlicht und sind unter folgendem Link frei zugänglich:
<https://doi.org/10.1080/03003930.2025.2468814>

Wie die Eigenschaften politischer Ämter Erwartungshaltungen prägen

Verschiedene Normen beeinflussen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Mandatarinnen und Mandatare. Oft sind Erwartungen nicht an spezifische Ämter geknüpft. Dazu gehören etwa, dass die gewählten Mandatarinnen und Mandatare keine Bestechungsgelder annehmen, ihre Macht nicht missbrauchen oder die Wählerschaft in die Irre führen. Andere Normen hingegen sind stärker durch das jeweilige öffentliche Amt geprägt. So erfordern manche Ämter das volle Engagement der Gewählten, während ihnen andere mehr Spielraum bieten, um gleichzeitig auch noch eine Karriere außerhalb der Politik zu verfolgen. Doch welche Merkmale eines öffentlichen Amtes bestimmen, ob dieses als kompatibel mit einer zusätzlichen Berufstätigkeit wahrgenommen wird oder nicht?

Öffentliche Ämter unterscheiden sich wesentlich in zwei Dimensionen. Das erste Merkmal ist ihr Grad der Professionalisierung. Die Professionalisierung von Ämtern kennzeichnet sich durch höhere Gehälter, größere zeitliche Beanspruchung und mehr personelle Unterstützung. Entsprechende Amtsträgerinnen und -träger sind in der Lage, sich ausschließlich auf ihr Mandat zu konzentrieren, ohne einer weiteren Einkommensquelle zu bedürfen. Zudem haben sie auch weniger Zeit für einen weiteren Beruf.

Zweitens unterscheiden sich Ämter im Umfang der individuellen politischen Entscheidungsbefugnisse. In Gremien mit kollektiver Entscheidungsmacht wie etwa Gemeinderäten ist der Einfluss der einzelnen Mitglieder auf politische Ergebnisse oft begrenzt. Ihre Stimme ist eine unter vielen. Im Gegensatz dazu sind Mitglieder von Exekutiven wie etwa Bürgermeisterinnen mit individueller Entscheidungsmacht ausgestattet. Sie leiten (Teile) der Bürokratie

und/oder übernehmen eine führende Rolle bei der Einführung, Gestaltung und Umsetzung von Politik. Ein Mitglied der Exekutive trägt daher mehr individuelle Verantwortung für das Funktionieren der Regierung als ein Mitglied eines Gremiums, das seine Entscheidung nur kollektiv fasst.

Das Experiment

Das Ziel der Untersuchung war es herauszufinden, ob der Grad der Professionalisierung und der individuellen Entscheidungsbefugnisse von politischen Ämtern beeinflusst, wie die Bürgerinnen und Bürger zu einer parallelen Berufstätigkeit von Mandatarinnen und Mandataren stehen. Dazu wurde ein sogenanntes Vignettenexperiment durchgeführt.

Den Befragten wurde ein zufällig ausgewähltes Profil einer hypothetischen Politikerin oder eines hypothetischen Politikers gezeigt (Abbildung 1). In diesen Profilen variierten jeweils folgende Eigenschaften der gezeigten Person:

- ihr Geschlecht (*männlich oder weiblich*),
- ihr politisches Amt (*Bürgermeisterin oder Mitglied des Gemeinderates bzw. der Gemeindevertretung*)
- ihre Nettobezüge aus und Arbeitszeit für das Mandat (*€1.678 monatlich für 16 Stunden pro Woche oder €4.195 monatlich für 40 Stunde pro Woche*)
- ihre Tätigkeit als Ärztin für Allgemeinmedizin (*€2.517 monatlich oder €0 monatlich bei ruhender Tätigkeit*)

Nachdem die Befragten die Vignette betrachtet hatten, wurden sie gefragt, a) für wie vertrauenswürdig sie die gezeigte Person hielten und b) wie sehr sie es sich vorstellen könnten, der gezeigten Person bei der nächsten Wahl ihre Stimme zu geben.

Unsere Kommunalpolitikerin des Tages: Daniela Huber

Dr. Daniela Huber	
Gesamteinkommen pro Monat (netto): 6.712 €	
Mandate	Monatseinkommen (netto)
Bürgermeisterin	4.195 € (40 Wochenstunden)
Weitere Tätigkeiten	Monatseinkommen (netto)
Ärztin für Allgemeinmedizin	2.517 €

 Gefällt mir  Kommentar  Teilen  Senden

Abbildung 1: Beispiel einer Vignette aus dem Experiment.

Nur Professionalisierung beeinflusst die öffentliche Wahrnehmung

Die Ergebnisse der Befragung legen dar, dass die zusätzliche berufliche Tätigkeit einen deutlichen Einfluss darauf hat, wie die Bürgerinnen und Bürger Personen in öffentlichen Ämtern wahrnehmen. Abbildung 2 zeigt, wie sich die Erwerbstätigkeit als Arzt oder Ärztin je nach Amt auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit und Wählbarkeit der Mandatsträgerinnen und -träger auswirkt.

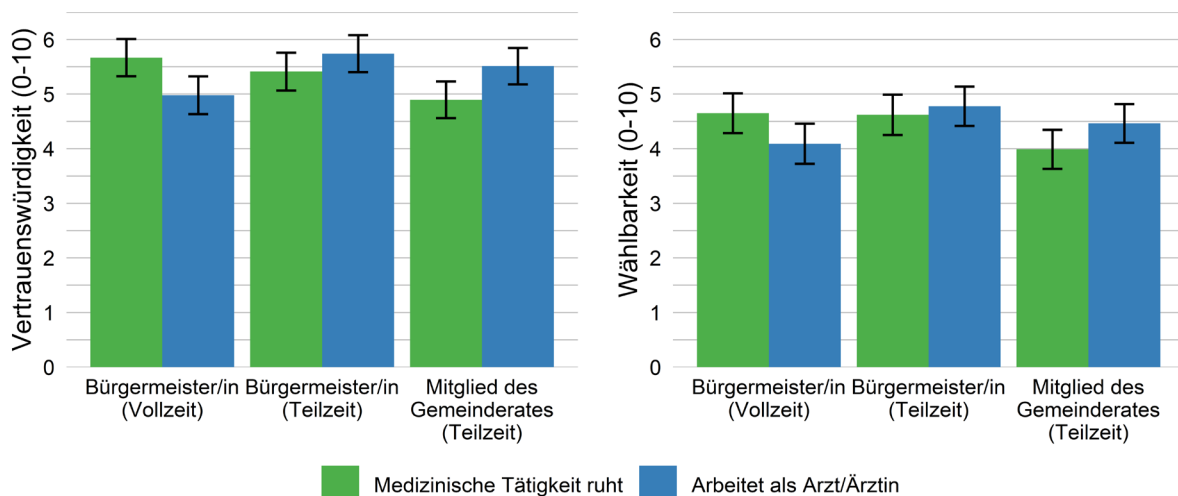


Abbildung 2: Wahrnehmung der Vertrauenswürdigkeit und Wählbarkeit von Politikerinnen und Politikern. Die Balken zeigen das 95%-Konfidenzintervall an.

Es wird ersichtlich, dass die politische Professionalisierung, nicht aber die individuellen Entscheidungskompetenzen der Ämter einen Einfluss darauf haben, ob das politische Mandat als kompatibel mit der ärztlichen Tätigkeit wahrgenommen wird. Darüber hinaus sind die Muster bei der Vertrauenswürdigkeit ausgeprägter als bei der Wählbarkeit, wobei beide der gleichen Tendenz folgen. Im Folgenden konzentriert sich die Diskussion der Ergebnisse auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikerinnen und Politiker.

Der Vergleich zwischen haupt- und nebenamtlichen Bürgermeisterinnen und -meistern mit aktiver ärztlicher Erwerbstätigkeit legt die zentrale Rolle offen, welche die politische Professionalisierung in der öffentlichen Wahrnehmung spielt. Das höchste kommunale Amt ist unabhängig davon, ob es haupt- oder nebenberuflich ausgeübt wird, mit den gleichen Befugnissen und Pflichten verbunden. Jedoch sind die Bürgerinnen und Bürger signifikant weniger tolerant gegenüber einer weiteren Beschäftigung der Amtsperson, wenn sie ihr Mandat als Bürgermeisterin hauptberuflich ausübt.

Ähnliches wird auch ersichtlich, wenn der Fokus nur auf hauptamtliche Bürgermeisterinnen und

-meister gelegt wird. Die Befragten halten Mandatarinnen und Mandatare mit Vollzeitamt für vertrauenswürdiger, wenn diese ihre Zeit ausschließlich dem Amt widmen und keiner zusätzlichen Erwerbstätigkeit nachgehen.

Umgekehrt gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass die individuellen Entscheidungsbefugnisse des Amtes die Akzeptanz einer Berufstätigkeit parallel zum Mandat beeinflussen. Nebenamtliche Bürgermeisterinnen und -meister sind deutlich bedeutsamer für die Lenkung der kommunalen Geschicke als einzelne Mitglieder des Gemeinderates. Gleichwohl geben die Daten keine Hinweise darauf, dass in den Augen der Befragten die zusätzliche ärztliche Erwerbsarbeit den Teilzeit-Bürgermeisterinnen und -meistern schlechter ansteht als einfachen Mitgliedern von Gemeinderäten. Im Gegenteil: Es besteht eine schwache (nicht-signifikante) Tendenz, zufolge derer das Vertrauen in beide Gruppen von Teilzeit-Mandatarinnen und Mandataren höher ist, wenn die Amtspersonen einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieses Muster läuft somit der Erwartung zuwider, dass ein öffentliches Amt mit mehr individueller Entscheidungsgewalt weniger Spielraum für eine nicht-politische Tätigkeit lassen sollte.

Fazit

Die Auswertung der Daten belegt, dass das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker, die noch einen weiteren Beruf ausüben, von der wahrgenommenen Professionalisierung ihres öffentlichen Amtes abhängt. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass es eine klare Vorstellung davon gibt, wie ein öffentliches Amt hauptberuflich ausgeübt werden soll. Von Berufspolitikerinnen und -politikern wird erwartet, dass ihr volles Engagement dem öffentlichen Amt gilt.

Dies zeigt, dass die Wahrnehmung der Gewählten an Normen gebunden ist, die den Dienst am Gemeinwohl betonen. Abweichungen von diesen Normen werden entsprechend als Verletzung des öffentlichen Vertrauens gewertet, dem sich Mandatarinnen und Mandatare durch ihre Wahl unterworfen haben. Schwerwiegende Vertrauensbrüche stellen etwa Korruption und Machtmissbrauch dar. Die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger aber auch auf eine verhältnismäßig geringfügige und überdies legale Normverletzung wie einen zu geringen Zeitaufwand für das Mandat reagieren, ist bemerkenswert. Sie stellt klar, dass die Bürgerinnen und Bürger für solche Themen sensibilisiert sind.

Das *Digitize!*-Projekt ist eine Kooperation der Universitäten Wien, Linz, Salzburg, Graz und Innsbruck. Zu den Projektzielen gehören die Forschung zu digitalen Datenerhebungsmethoden, die Etablierung forschungsethischer und rechtlicher Standards sowie die Weiterentwicklung digitaler Lehre.

Erfahren Sie mehr über das **Digitize!-Projekt** unter: <https://digitize-transformation.at/das-projekt/>

Die *Digitize!*-Onlineumfrage ist Teil des *Digitize!*-Projekts. Mehrmals pro Jahr wird eine kleine Zufallsauswahl von Personen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich zu der Umfrage eingeladen. Für ein möglichst repräsentatives Meinungsbild erfolgt die Anzahl der Einladungen proportional zur Bevölkerungszahl der Bundesländer.

Erfahren Sie mehr über die **Digitize!-Umfrage** unter: <https://digitize-transformation.at/umfragen/>